



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 17.10.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:02 Uhr bis 21:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Vertreter für Frau Krimmling-Schoeffler
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 20:59 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme bis 19:52 Uhr
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Frau Thomann
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI, Teilnahme bis 20:54 Uhr
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 20:58 Uhr
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle, Teilnahme von 17:12 Uhr bis 20:47 Uhr
Martin Bochmann	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 20:54 Uhr
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohne, Teilnahme bis 20:57 Uhr
Torsten Hahnel	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 20:45 Uhr
Franziska Meusel	Sachkundige Einwohnerin
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme bis 20:57 Uhr
Dr. Frank D. Steinheimer	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 20:45 Uhr

Verwaltung

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Kerstin Ruhl Herpertz	Leiterin Fachbereich Umwelt
Daniel Zwick	Leiter Dienstleistungszentrum Klimaschutz
Maik Stehle	Stellv. Protokollführer

Gäste

Andreas Völker	Bereichsleiter Marketing/Vertrieb/Kundenservice der Halleschen Verkehrs-AG
----------------	---

Entschuldigt fehlten:

Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner

Heinz-Jürgen Seilkopf

Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von dem Vorsitzenden, **Herrn Raue**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Raue informierte, dass der TOP 5.7 gemeinsam mit dem TOP 5.5 sowie TOP 5.17 gemeinsam mit dem TOP 5.15, aufgrund gleicher Inhalte, behandelt werden.

Frau Krischok fragte, ob Herr Paulsen in dieser Wahlperiode als Vertreter der Verwaltung für diesen Ausschuss benannt ist und somit gemeinsam mit dem Ausschussvorsitzenden Herrn Raue die Einladung des Ausschusses unterschreibt.

Herr Paulsen bejahte dies.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, **Herr Raue** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.09.2019
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00168
 - 4.2. Geschäftsordnung des Beirats Ehrengräber der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00078
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger) zur verbesserten Information der Öffentlichkeit bei Baumfällungen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2019/05217
 - 5.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aufstellung öffentlicher Toiletten
Vorlage: VI/2019/05189

- 5.3. Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches für das Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof
Vorlage: VII/2019/00109
- 5.3.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches für das Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof
Vorlage: VII/2019/00257
- 5.4. Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Wiederbelebung der AG "Trinken im öffentlichen Raum"
Vorlage: VII/2019/00110
- 5.4.1. Änderungsantrag der Stadträtin Beate Gellert zum Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Wiederbelebung der AG „Trinken im öffentlichen Raum“
Vorlage: VII/2019/00233
- 5.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Auswirkungen von Stadtratsentscheidungen auf Klimaschutz und Klimawandel-Resilienz
Vorlage: VII/2019/00114 → **gemeinsame Behandlung mit TOP 5.7**
- 5.7. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Darstellung der Auswirkungen von Ratsbeschlüssen auf die Klimabilanz der Stadt Halle (Saale) in Beschlussvorlagen
Vorlage: VII/2019/00147
- 5.6. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Erweiterung der Abfallwirtschaftssatzung bezüglich der Sperrmüllentsorgung
Vorlage: VII/2019/00155
- 5.8. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erweiterung der Auflagen bei der Wasserentnahme aus dem Hufeisensee
Vorlage: VII/2019/00148
- 5.8.1. Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erweiterung der Auflagen bei der Wasserentnahme aus dem Hufeisensee
Vorlage: VII/2019/00157
- 5.9. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Teilnahme der Stadt Halle (Saale) an der Kampagne STADTRADELN im Jahr 2020
Vorlage: VII/2019/00150
- 5.10. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Feuerwerk an Silvester
Vorlage: VII/2019/00154
- 5.11. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung einer Kampagne „Rauchfreie Haltestellen“
Vorlage: VII/2019/00035
- 5.11.1. Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung einer Kampagne „Rauchfreie Haltestellen“,
Vorlage: VII/2019/00230

- 5.12. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Entwicklung einer autofreien Altstadt
Vorlage: VII/2019/00276
- 5.13. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Marktsatzung
Vorlage: VII/2019/00278
- 5.14. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements
Vorlage: VII/2019/00283
- 5.15. Antrag der CDU Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung eines Dürreschutzkonzeptes zum Erhalt von Stadtgrün, Baum- und Gehölzbeständen, der Vegetation auf Sport- und Erholungsstätten sowie zur Sicherung ökologisch bedeutsamer Areale im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2019/00320 → **gemeinsame Behandlung mit TOP 5.17**
- 5.17. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherung des städtischen Grüns
Vorlage: VII/2019/00293
- 5.16. Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des Festgeländes am Gimritzer Damm
Vorlage: VII/2019/00321
- 5.18. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Einsatz von organisierten ehrenamtlichen Ersthelfergruppen (First Responder - Voraushelfer) in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00286
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Anfrage des sachkundigen Einwohners Stefan Schulz (CDU-Fraktion) zu öffentlichen Trinkeransammlungen respektive zur Situation in der Torstraße
Vorlage: VII/2019/00411
 - 6.2. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Sachstand der Durchführung des Pilotprojekts „Hol- und Bringzonen“
Vorlage: VII/2019/00413
- 7. Mitteilungen
 - 7.1. Baumfällliste
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
 - 8.1. Anfrage Frau Dr. Burkert zu Notfallplänen für Behörden, öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Horte usw.
 - 8.2. Herr Feigl zur Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes in der Stadt Halle (Saale)
- 9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.09.2019

Frau Krischok fragte, weshalb der Nachtrag der Niederschrift vom 13. Juni 2019 noch nicht veröffentlicht wurde.

Herr Raue sagte im Namen der Verwaltung eine Prüfung zu.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 12. September 2019, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00168**

Frau Ruhl-Herpertz führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Krischok fragte, wodurch und um wieviel sich die Flächen geändert haben.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass sich alleinig die Kostenansätze/Bewertungen für die Flächen geändert haben.

Herr Feigl fragte, ob sich der Erinnerungswert in Höhe von einem Euro auf den Quadratmeterpreis bezieht. Des Weiteren fragte er, weshalb die Kosten der Sozialgräber, im Vergleich zu den anderen Gräbern, überproportional höher gestiegen sind.

Frau Ruhl-Herpertz bejahte die erste Frage. Weiterhin antwortete sie, dass der Kostenblock nach dem Äquivalenzprinzip leistungs- und kostengerecht verteilt werden muss.

Herr Raue sagte, dass sich seiner Meinung nach der Erinnerungswert auf den Sachwert und somit auf die gesamte Friedhofsfläche bezieht

Frau Ruhl-Herpertz verneinte dies.

Frau Krischok fragte, was an den Grundstücksflächen aktualisiert wurde und ob die kalkulierten Kosten für die Sozialgräber ausreichend sind.

Frau Ruhl-Herpertz sicherte eine Beantwortung im Finanzausschuss zu.

Herr Doege merkte an, dass der Preis der Sozialgräber zur jetzigen gültigen Satzung sinkt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Vorlage.

zu 4.1 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00168

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale).

zu 4.2 Geschäftsordnung des Beirats Ehrengräber der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00078

Frau Ruhl-Herpertz führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Krischok fragte, wie mit Ehrengräbern auf nicht kommunalen Friedhöfen umgegangen wird.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass dies in den Zielen des Beirates formuliert ist.

Herr Aldag gab zu Bedenken, dass die Vertreter der Beiratsmitglieder nicht durch den Stadtrat bestätigt werden.

Frau Krischok sagte, dass sie davon ausgeht, dass bei einer Änderung der Vertreter/innen eine Information zur Kenntnisnahme an den Stadtrat weitergegeben wird.

Frau Ruhl-Herpertz stimmte dem zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Vorlage.

zu 4.2 Geschäftsordnung des Beirats Ehrengräber der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00078

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat bestätigt die Geschäftsordnung des Beirats Ehrengräber der Stadt Halle (Saale).

2. Herr Jens Mennicke scheidet aus dem Beirat aus. Der Stadtrat bestimmt Herrn Olaf Korgner als ordentliches Beiratsmitglied.
3. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass folgende Personen
 1. Frau Christiane Hoene
 2. Herr Prof. Dr. Andreas Ranft
 3. Herr Prof. Dr. Wolfgang Ruf
 4. Frau Dr. Katrin Moeller
 5. Herr Ralf Jacob

als Vertreterinnen und Vertreter für die Beiratsmitglieder bestimmt wurden.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger) zur verbesserten Information der Öffentlichkeit bei Baumfällungen im Stadtgebiet Vorlage: VI/2019/05217

Frau Dr. Schöps brachte ihren Antrag ein und begründete diesen.

Herr Scholtyssek fragte die Verwaltung zum benötigten Arbeitsaufwand. Des Weiteren äußerte er Bedenken bei der Anwendbarkeit im Bereich der Privatpersonen.

Herr Paulsen verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung. Weiterhin sicherte die Verwaltung im Juni 2019 eine Kommunikationsverbesserung bei Baumfällungen zu.

Herr Feigl lehnte eine Erledigung des Antrages ab. Des Weiteren fragte er, wann das Schwerpunktthema Baumschutz in Halle (Saale) auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Frau Ruhl-Herpertz sagte, dass dieses Thema im Naturschutzbeirat diskutiert wurde. Der Beirat will ein Positionspapier zum Thema Baumschutz erarbeiten. Weiterhin verwies sie auf die Neuaufstellung der Baumfällliste.

Herr Schied fragte, ob eine entsprechende Rechtsgrundlage in der Baumschutzsatzung geschaffen werden könnte.

Frau Ruhl-Herpertz verneinte dies.

Herr Scholtyssek fragte, ob es sich um den übertragenen Wirkungskreis handelt.

Frau Ruhl-Herpertz verneinte dies.

Frau Dr. Burkert fragte, ob die Baumfällungen im Amtsblatt veröffentlicht werden könnten.

Herr Raue stimmte den Ausführungen der Verwaltung zu.

Herr Dr. Steinheimer merkte an, dass der Aushang der Baumfällung auf freiwilliger Basis erfolgt.

Herr Doege sagte, dass dies nicht geregelt werden muss.

Herr Feigl teilte mit, dass der Antrag aus einer Bürgerinitiative resultiert. Die Bürgerinnen und Bürger möchten sich für den Baumerhalt stark machen. Er bat um Zustimmung des Antrages.

Herr Raue sieht in dem Antrag gesellschaftliche Konfliktpotenziale.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrages.

zu 5.1 Antrag der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger) zur verbesserten Information der Öffentlichkeit bei Baumfällungen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2019/05217

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der angekündigten eigenen Bemühungen zu prüfen, ob und in welcher Form eine rechtskonforme Information von Anwohnern und interessierten Bürgern zu Baumfällungen rechtzeitig und direkt am Ort der Fällung erfolgen kann. Entsprechende Möglichkeiten sollten differenziert untersucht werden für
 - (1) Baumfällungen, die direkt von der Stadtverwaltung beauftragt werden,
 - (2) solchen, die im Rahmen von Baubeschlüssen vom Stadtrat genehmigt werden,
 - (3) Fällungen, die von Privatpersonen beantragt und genehmigt werden.

Die Informationen sollten im Zeitraum von 2 Wochen vor dem Termin der Fällung allgemein wahrnehmbar sein und Folgendes beinhalten:

- a) Grund der Fällung,
 - b) Baumart,
 - c) Baumstatus
 - d) Genehmigungsgrund und Kontaktdaten der Genehmigungsbehörde für Rückfragen sowie
 - e) gegebenenfalls Angaben zur Ausgleichsmaßnahme (Ort, Zeitraum).
2. Das Ergebnis der Prüfung wird zusammen mit den eigenen Vorschlägen der Stadtverwaltung bis September 2019 im Naturschutzbeirat und im Fachausschuss diskutiert.

zu 5.2 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aufstellung öffentlicher Toiletten
Vorlage: VI/2019/05189

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Dr. Folgner sagte, dass die Verwaltung den Prüfauftrag ernst genommen hat und verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Paulsen bat die Antragsteller, die Frist der Prüfung zu überdenken.

Frau Dr. Burkert stimmte der Fristverlängerung zu.

Herr Dr. Steinheimer bat die Gebührenbefreiung der Toiletten mit zu prüfen.

Herr Raue merkte an, dass er dazu einen Änderungsantrag einreichen müsste. Des Weiteren teilte er mit, dass sich seine Fraktion dem Antrag anschließt.

Herr Scholtyssek fragte, wo die Prüfergebnisse einsehbar sind.

Herr Dr. Folgner verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung zum ersten Antrag. Alle anderen Ergebnisse müssen im Zuge der weiteren Prüfung erarbeitet werden.

Herr Doege fragte, ob mobile Toiletten vor dem Landesmuseum erlaubt sind.

Herr Paulsen sicherte eine schriftliche Beantwortung im Zuge des Prüfauftrags zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrages.

zu 5.2 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aufstellung öffentlicher Toiletten
Vorlage: VI/2019/05189

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

**einstimmig zugestimmt
nach Änderungen**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

**mehrheitlich zugestimmt
nach Änderungen**

Beschlussempfehlung:

- ~~1. Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, am August-Bebel-Platz, im südwestlichen Bereich des Marktplatzes, im Bereich des Rosa-Luxemburg-Platzes und des Landesmuseums für Vorgeschichte sowie am Skatepark Halle-Neustadt umgehend über den Sommer hinweg bis Ende September mobile Toilettenkabinen („Dixis“) aufstellen und regelmäßig reinigen zu lassen. Nach Möglichkeit sind die Toilettenkabinen angepasst an das jeweilige Umfeld optisch zu verkleiden (Holzverkleidung, Pflanzen o.ä.).~~
- ~~2. Die Stadtverwaltung wird zudem damit beauftragt zu prüfen, ob an diesen und gegebenenfalls weiteren Standorten saisonal aufgestellte Toilettenanlagen ausreichend sind oder ob nicht künftig dauerhaft sowie barrierefreie City-Toiletten aus ästhetischen sowie Kostengründen aufgestellt werden sollten. Die Informationsvorlage zu den Prüfergebnissen ist dem Stadtrat im September 2019 vorzulegen.~~

1. Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt zu prüfen, zu welchen Kosten im Jahr 2020 an den folgenden Standorten von Anfang Mai bis Ende September mobile und barrierefreie Toilettenanlagen aufgestellt werden können: August-Bebel-Platz, im südwestlichen Bereich des Marktplatzes, im Bereich des Rosa-Luxemburg-Platzes und des Landesmuseums für Vorgeschichte.
2. Die Stadtverwaltung wird zudem damit beauftragt zu prüfen, zu welchen Installations- und Unterhaltungskosten künftig an diesen Standorten dauerhaft barrierefreie sowie ästhetisch ansprechende City-Toiletten aufgestellt werden können.
3. Die Informationsvorlage zu den Prüfergebnissen ist dem Stadtrat im ~~November~~ **2019** Februar 2020 vorzulegen.

zu 5.3 **Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches für das Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof**
Vorlage: VII/2019/00109

zu 5.3.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches für das Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof**
Vorlage: VII/2019/00257

Herr Scholtyssek zog den Antrag seiner Fraktion zurück.

zu 5.3 **Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches für das Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof**
Vorlage: VII/2019/00109

Abstimmungsergebnis: **zurückgezogen**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) koordiniert eine Bürgerversammlung, insbesondere für Anwohner des Viertels um die Schlosserstraße / Loest Hof (Schlosserstraße – Roßbachstraße- Schmiedstraße - Breitenfelder Straße-Merseburger Straße).
Wünschenswert die Beteiligung weiterer relevanter Akteure (Vertreter von Vermietern und kommunalen Wohnungsgesellschaften, Eltern/Schülern der Kooperativen Gesamtschule Ulrich von Hutten, Schulsozialarbeitern der Kooperativen Gesamtschule Ulrich von Hutten, Mitarbeitern des Roma-Projektes der AWO SPI, Verwaltungsmitarbeitern und Polizei).
- Die Stadtverwaltung lädt die Bewohner der Schlosserstraße und anliegender Straßen kurzfristig, aber spätestens bis zum 30. September 2019, zu einer Bürgerversammlung ein.
- Diese Versammlung soll sich mit den in der Einwohnerfragestunde zur Stadtratssitzung am 29. Mai 2019 benannten Themen zur aktuellen Situation in der Schlosserstraße befassen.
- Der Stadtrat ist zeitnah über den Termin in Kenntnis zu setzen.

2. Die Verwaltung prüft, inwieweit im Viertel um Loests Hof (Schlosserstraße – Roßbachstraße- Schmiedstraße - Breitenfelder Straße-Merseburger Straße) gemeinsam mit Vermietern und kommunalen Wohnungsgesellschaften, die Einrichtung eines temporären Bürgerbüros sinnvoll ist, in dem sich Vertreter von Vermietern und kommunalen Wohnungsgesellschaften, Anwohner, Eltern/Schüler der Kooperativen Gesamtschule Ulrich von Hutten, Schulsozialarbeiter der Kooperativen Gesamtschule Ulrich von Hutten, Mitarbeiter des Roma-Projektes der AWO SPI, Verwaltungsmitarbeiter und Polizei zeitnah und vor Ort zu Problemen austauschen können mit dem Ziel, diese Probleme einer zügigen und insbesondere für die betroffenen Anwohner zufriedenstellenden Lösung zuzuführen.

**zu 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches für das Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof
Vorlage: VII/2019/00257**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird gestrichen und durch folgenden Beschlussvorschlag ersetzt:

Der Stadtrat fordert die Vorsitzende des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) und den Oberbürgermeister auf, im Einvernehmen nach §1 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates zu einer außerordentlichen Stadtratssitzung in direkter örtlicher Nähe zur Schlosserstraße / Loest Hof einzuladen. Die Sitzung soll noch im Jahr 2019 durchgeführt werden.

**zu 5.4 Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Wiederbelebung der AG "Trinken im öffentlichen Raum"
Vorlage: VII/2019/00110**

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der Stadträtin Beate Gellert zum Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Wiederbelebung der AG „Trinken im öffentlichen Raum“
Vorlage: VII/2019/00233**

Herr Mämecke brachte seinen Antrag ein und begründete diesen.

Herr Dr. Thomas brachte den Änderungsantrag von Frau Gellert ein und begründete diesen.

Frau Dr. Burkert fragte, ob das Ansinnen des Antrages eine Aufgabe für den Präventionsrat ist und welche Aufgaben der Präventionsrat zum Trinken im öffentlichen Raum wahrnimmt.

Herr Teschner verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Paulsen ergänzte, dass eine entsprechende Arbeitsgruppe aktuell nicht im Präventionsrat vorgesehen ist. Die Kapazitäten und Kompetenzen für die Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe muss im neuen Präventionsrat beraten werden.

Herr Raue fragte, zu welchen Ergebnissen die Arbeitsgruppe, die bis 2012 existierte, gekommen ist.

Frau Krischok antwortete, dass sämtliche Protokolle der Arbeitsgruppe auf halle.de nachzulesen sind. Sie merkte an, dass das Thema im Präventionsrat mit diskutiert werden sollte. Ihre Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat zuerst um Abstimmung des Änderungsantrages.

zu 5.4.1 **Änderungsantrag der Stadträtin Beate Gellert zum Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Wiederbelebung der AG „Trinken im öffentlichen Raum“**
Vorlage: VII/2019/00233

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Punkt 2 des Antrages wird wie folgt ergänzt:

2. Die Verwaltung ist aufgefordert, geeignete Akteure aus Verwaltung, Bürgerschaft und Politik einzuladen. **Jede Stadtratsfraktion ist berechtigt ein Mitglied in die AG zu entsenden.**

Herr Raue bat um Abstimmung des geänderten Antrages

zu 5.4 **Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Wiederbelebung der AG "Trinken im öffentlichen Raum"**
Vorlage: VII/2019/00110

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat sieht den Bedarf zur Einberufung der AG „Trinken im öffentlichen Raum“.
2. Die Verwaltung ist aufgefordert, geeignete Akteure aus Verwaltung, Bürgerschaft und Politik einzuladen. **Jede Stadtratsfraktion ist berechtigt ein Mitglied in die AG zu entsenden.**

zu 5.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Auswirkungen von Stadtratsentscheidungen auf Klimaschutz und Klimawandel-Resilienz
Vorlage: VII/2019/00114

zu 5.7 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Darstellung der Auswirkungen von Ratsbeschlüssen auf die Klimabilanz der Stadt Halle (Saale) in Beschlussvorlagen
Vorlage: VII/2019/00147

Herr Aldag brachte den Antrag (TOP 5.5) seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Scholtyssek sagte, dass der Antrag zu unbestimmt ist und bat die Verwaltung um Stellungnahme.

Herr Zwick informierte, dass es zur Klimarelevanz bereits gesetzliche Regelungen im Baugesetz gibt. Des Weiteren gibt es beim Bau und Sanierungen von Gebäuden eine DIN-Norm. Bei allen anderen Gebieten muss eine Klimarelevanz gegeben sein, um diese bewerten zu können.

Herr Paulsen verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung. Er sagte, dass im Hauptausschuss über die künftige Verfahrensweise in Beschlussvorlagen berichtet wird. Des Weiteren teilte er mit, dass der Stadtrat nicht beschließen kann, wie die Stellungnahmen der Verwaltungen bei Anträgen zu erfolgen haben. Er informierte darüber, dass die Beschlussvorlage in Bearbeitung ist und im November in den Gremienlauf gebracht wird.

Frau Dr. Burkert und **Herr Dr. Thomas** sagten, dass ihre Fraktionen den Antrag unterstützen.

Herr Raue merkte an, dass der Punkt b) im Beschlussvorschlag nicht verständlich formuliert ist.

Herr Bochmann brachte den Antrag (TOP 5.7) seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Feigl bezog sich auf die dargestellte Rechtswidrigkeit des Antrags in den Stellungnahmen. Er sagte, dass es Ziel ist, dass bereits eine Abwägung in der Beschlussvorlage integriert ist.

Herr Paulsen teilte mit, dass eine Klimaschutzrelevanzprüfung bei Beschlussvorlagen erfolgen wird. Bei Anträgen von Stadträtinnen und Stadträten wird dies nicht möglich sein.

Herr Raue sagte, dass eine Prüfung in Beschlussvorlagen ausreichend ist. Er wird sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Doege merkte an, dass der Punkt b) des Antrages TOP 5.5 eine höhere Bedeutung als Punkt a) hat und aktiver betrachtet werden muss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der beiden Anträge.

**zu 5.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Auswirkungen von Stadtratsentscheidungen auf Klimaschutz und Klimawandel-Resilienz
Vorlage: VII/2019/00114**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis Oktober 2019 einen Kriterienkatalog für eine Klimaverträglichkeitsprüfung zu entwickeln und künftig allen relevanten Beschlussvorlagen und Stellungnahmen zu relevanten Anträgen/Änderungsanträgen von Fraktionen und Stadträt*innen ein Prüfergebnis als Entscheidungsgrundlage beifügen, ob die zu realisierende Maßnahme:

- a) keine, positive oder negative Auswirkungen im Sinne des Klimaschutzes zur Folge hat und welche das ggf. sein werden,
- b) keine, positive oder negative Auswirkungen auf die Widerstandsfähigkeit gegenüber des bereits stattfindenden Klimawandels hat und welche das ggf. sein werden.

Mögliche Maßnahmenalternativen mit positiver oder geringerer negativer Auswirkung bezogen auf die Punkte a) und b) sind ebenfalls darzustellen.

**zu 5.7 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Darstellung der Auswirkungen von Ratsbeschlüssen auf die Klimabilanz der Stadt Halle (Saale) in Beschlussvorlagen
Vorlage: VII/2019/00147**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ab Oktober 2019 jede Beschlussvorlage mit einem Hinweis auf die zu erwartenden Auswirkungen des jeweiligen Beschlusses auf die Klimabilanz der Stadt Halle (Saale) zu versehen.
2. Diese Darstellung umfasst
 - a) eine Angabe, ob und mit welchem Ergebnis sich der Beschluss auf die Klimabilanz der Stadt Halle (Saale) auswirkt mit den Auswahlmöglichkeiten „positiv“, „negativ“ und „keine“ sowie

- b) eine Stellungnahme, in der die jeweiligen zu erwartenden Auswirkungen nachvollziehbar dargelegt werden.

zu 5.6 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Erweiterung der Abfallwirtschaftssatzung bezüglich der Sperrmüllentsorgung
Vorlage: VII/2019/00155

Herr Raue brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Ruhl-Herpertz sagte, dass der Antrag rechtlich nicht umgesetzt werden kann. Der Bewohner in einem Pflegeheim führt keinen eigenen Haushalt und entrichtet somit keine Personengebühr mehr. Eine Leistung laut Abfallrecht kann nur nach Entrichtung einer Personengebühr abfordert werden.

Herr Schied merkte an, dass es keine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung gibt und stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Scholtyssek hielt eine Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag.

Herr Paulsen teilte mit, dass die Stellungnahme der Verwaltung zum Stadtrat vorgelegt wird.

Herr Schied zog den Geschäftsordnungsantrag zurück.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrages.

zu 5.6 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Erweiterung der Abfallwirtschaftssatzung bezüglich der Sperrmüllentsorgung
Vorlage: VII/2019/00155

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Erweiterung des § 12 der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle.
2. Der für private Mieter und Eigentümer in der Stadt Halle bestehende Anspruch auf kostenfreie Sperrmüllentsorgung einmal jährlich, gemäß § 12 Abs. 2 Abfallwirtschaftssatzung, ist auf in Pflegeheimen in Halle lebende Angehörige übertragbar.
3. Für die Übertragung und Terminierung der Abholung fällt ausschließlich die Termingebühr gemäß § 12 Abs. 3 in Höhe von derzeit 15 Euro an.
4. Maßgeblich für die Berechtigung ist die Familienangehörigkeit des Bewohners der Pflegeeinrichtung in direkter Linie zum Antragsteller (Eltern, Kinder, Geschwister). Für den Haushalt des Antragstellers darf im Kalenderjahr noch keine kostenfreie Abholung erfolgt sein.

zu 5.8 **Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erweiterung der Auflagen bei der Wasserentnahme aus dem Hufeisensee**
Vorlage: VII/2019/00148

zu 5.8.1 **Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erweiterung der Auflagen bei der Wasserentnahme aus dem Hufeisensee**
Vorlage: VII/2019/00157

Herr Bochmann brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Paulsen verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung und den übertragenen Wirkungskreis.

Herr Dr. Thomas zog den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück.

zu 5.8.1 **Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erweiterung der Auflagen bei der Wasserentnahme aus dem Hufeisensee**
Vorlage: VII/2019/00157

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Antragstext wird wie folgt angepasst:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ~~in Zukunft eine mögliche Genehmigung zur Wasserentnahme aus dem Hufeisensee insbesondere an folgende Auflagen zu knüpfen:~~

- ~~1. Der Wasserstand des Hufeisensees ist durch den Genehmigungsnehmer im Genehmigungszeitraum zu überwachen und zu dokumentieren.~~
- ~~2. Über den gesamten Genehmigungszeitraum sind im Grundwasserleiter im unmittelbaren Umfeld des Sees an zwei bis drei geeigneten Messstellen kontinuierlich die Grundwasserstände vom Genehmigungsnehmer aufzuzeichnen.~~

„ein Wassermanagement als nachhaltiges System der Wasserwirtschaft für den Hufeisensee und verbundene Gewässer mit dem Ziel zu entwickeln:

- 1) den Wasserstand des Hufeisensees dauerhaft zu stabilisieren,**
- 2) den Zufluss gesundheitsschädlicher Chemikalien zu stoppen, deren Abbau zu beschleunigen und Ansprüche aus der Gefährdungshaftung gegen Verursacher durchzusetzen,**
- 3) Daten zur Gewässerqualität zu erfassen und öffentlich zu machen.**

Der Entwurf eines Wassermanagementsystem für den Hufeisensee soll dem Stadtrat im Frühsommer 2020 zum Beschluss vorgelegt werden.“

Herr Bochmann bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung und fragte, was die Nebenbestimmungen sind.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass im Rahmen des Gesetzes pflichtgemäßes Ermessen ausgeübt werden kann.

Herr Doege merkte an, dass die Wasserqualität und das Grundwasser des Hufeisensees bereits kontrolliert werden.

Frau Ruhl-Herpertz stimmte dem zu.

Herr Feigl fragte, wie die Wasserstände ermittelt werden.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass diese mittels GPS ermittelt werden.

Herr Feigl fragte, wann der Termin zur Akteneinsicht stattfinden wird.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass der Termin am 6. November 2019 stattfindet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrages.

zu 5.8 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erweiterung der Auflagen bei der Wasserentnahme aus dem Hufeisensee
Vorlage: VII/2019/00148

Abstimmungsergebnis sachkundige

Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen

und Stadträte:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zukunft eine mögliche Genehmigung zur Wasserentnahme aus dem Hufeisensee insbesondere an folgende Auflagen zu knüpfen:

1. Der Wasserstand des Hufeisensees ist durch den Genehmigungsnehmer im Genehmigungszeitraum zu überwachen und zu dokumentieren.
2. Über den gesamten Genehmigungszeitraum sind im Grundwasserleiter im unmittelbaren Umfeld des Sees an zwei bis drei geeigneten Messstellen kontinuierlich die Grundwasserstände vom Genehmigungsnehmer aufzuzeichnen.

zu 5.9 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Teilnahme der Stadt Halle (Saale) an der Kampagne STADTRADELN im Jahr 2020
Vorlage: VII/2019/00150

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Doege fragt, ob der ADFC mitwirkt.

Frau Dr. Burkert bejahte dies.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrages.

zu 5.9 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Teilnahme der Stadt Halle (Saale) an der Kampagne STADTRADELN im Jahr 2020
Vorlage: VII/2019/00150

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Koordination dafür zu übernehmen, dass die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2020 an der Kampagne STADTRADELN teilnimmt.
2. In die Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für die Teilnahme an der Kampagne sollen der ADFC Regionalverband Halle (Saale), Gewerbetreibende (Fahrradgeschäfte), Umweltverbände sowie weitere potenzielle und fahrradaffine Institutionen, Vereine und Organisationen eingebunden werden.

zu 5.10 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Feuerwerk an Silvester
Vorlage: VII/2019/00154

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Teschner sagte, dass der Umfang des Feuerwerks für die Kostenhöhe entscheidend ist. Der Umfang wurde nicht klar im Antrag definiert.

Frau Dr. Burkert fragte, wie hoch die Kosten für das Feuerwerk/Lasershow zum Laternenfest waren.

Herr Teschner bat darum den Antrag entsprechend anzupassen. Er ergänzte, dass für die Punkte zwei bis vier der Zuständigkeitsbereich bei der Polizeiinspektion Sachsen-Anhalt Süd liegt.

Herr Aldag befürwortete den Antrag und bat um EinzelpunktAbstimmung. Er fragte, inwieweit Schutzzonen generell definiert sind.

Herr Raue sagte, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird, um den Bürgerinnen und Bürgern nicht die Freude zu nehmen.

Herr Feigl fragte, wie Quedlinburg das Ansinnen des Antrages umgesetzt hat.

Herr Teschner wies darauf hin, dass in Sachsen-Anhalt für dieses Thema unterschiedliche Regelungen existieren. Die Landkreise sind zuständig, die kreisfreien Städte jedoch nicht.

Herr Dr. Steinheimer regte an, denn Altstadttring von Feuerwerk zu befreien und als Schutzzone einzurichten.

Herr Doege gab zu Bedenken, dass ein generelles Verbot nicht kontrolliert werden kann.

Herr Scholtyssek bat darum, eine Übersicht zu den bestehenden Schutzzonen in Halle vorzulegen. Darin sollen die Kriterien benannt werden, welche erfüllt werden müssen, um eine Schutzzone auszuweisen. Des Weiteren fragte er, ob in den bereits bestehenden Schutzzonen Verstöße in den letzten Jahren festgestellt werden konnten und durch wen diese festgestellt wurden.

Herr Teschner sagte, dass die sachliche Zuständigkeit nach §24 Abs. 2 der ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz i. V. m. §1 Abs. 1 sowie der Anlage zu §1 Abs. 1 der Zuständigkeitsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt für das Sprengstoffrecht bei der Polizeiinspektion Sachsen-Anhalt Süd liegt. Die gesetzlichen Grundlagen geben Aufschluss über die Schutzzonen Eine Übersicht ist daher nicht von Nöten und eine Erarbeitung einer solchen liegt nicht in der Zuständigkeit der Stadtverwaltung. Weiterhin antwortete er, dass auch die entsprechenden Kontrollen durch die Polizei durchgeführt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um EinzelpunktAbstimmung des Antrages.

zu 5.10 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Feuerwerk an Silvester
Vorlage: VII/2019/00154

Pkt. 1

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Pkt. 2

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Pkt. 3

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:
**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:****

einstimmig zugestimmt

mehrheitlich abgelehnt

Pkt. 4

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit ein städtisch organisiertes und durchgeführtes Silvesterfeuerwerk möglich ist und welche Kosten dafür einzuplanen wären.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit über die bereits jetzt bestehenden Schutzzonen (z. B. vor Krankenhäuser und Pflegeheimen) hinaus weitere eingerichtet werden können. Bestandteil der Prüfung ist auch die Untersuchung, ob im Altstadtring eine feuerwerksfreie Zone geschaffen werden kann.
3. Die Stadt Halle setzt die bereits jetzt bestehenden Schutzzonen konsequent durch.
4. Die Prüfergebnisse sind dem Stadtrat spätestens bis zu seiner Sitzung am 27.11.2019 vorzulegen.

**zu 5.11 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung einer Kampagne „Rauchfreie Haltestellen“
Vorlage: VII/2019/00035**

**zu 5.11.1 Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung einer Kampagne „Rauchfreie Haltestellen,,
Vorlage: VII/2019/00230**

Die Ausschussmitglieder erteilten für Herrn Völker, HAVAG, das Rederecht.

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen. Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger solle an oberster Stelle stehen. Sie erläuterte, dass separate Raucherzonen ausgewiesen werden sollen

Herr Raue sprach sich gegen den Antrag aus.

Herr Scholtyssek und **Herr Schied** merkten an, dass der dazugehörige Änderungsantrag nicht umgesetzt werden kann.

Herr Doege sprach sich für den Antrag aus und bat um Einschätzung des Antrages durch die HAVAG.

Herr Dr. Thomas zog den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück

**zu 5.11.1 Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung einer Kampagne „Rauchfreie Haltestellen,,
Vorlage: VII/2019/00230**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung einer Kampagne

„Rauchfreie Haltestellen“, erhält einen weiteren Beschlusspunkt 3:

3. Die Kampagne wird auch eine kontinuierliche Kontrolle der Einhaltung dieser „Frischlufzonen“ durch das Ordnungsamt beinhalten.

Herr Völker sagte, dass es ein generelles Rauchverbot in Deutschland noch nicht gibt. Bei der Deutschen Bahn ist das Verbot durch das Nichtraucherschutzgesetz des Bundes geregelt. Die HAVAG hat das Thema bereits diskutiert und kann sich eine Umsetzung auf freiwilliger Basis vorstellen. Vorab zu klären ist die Finanzierbarkeit. Betroffen sind circa 800 Haltestellen in Halle (Saale).

Herr Raue fragte, ob die HAVAG Konfliktpotenzial an den Haltestellen sieht.

Herr Völker antwortete, dass man das nicht prognostizieren kann. Der Freiwilligkeitscharakter soll kommuniziert werden.

Herr Bochmann schlug vor, eine AG Rauchen im öffentlichen Raum zu gründen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrages.

**zu 5.11 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung einer Kampagne „Rauchfreie Haltestellen“
Vorlage: VII/2019/00035**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) eine Kampagne für rauchfreie Bus- und Straßenbahnhaltestellen durchzuführen.
2. Gleichzeitig mit der Kampagne sollen alle überdachten Haltestellenbereiche als „Frischlufzonen“ (o.ä.) optisch (z. B. über Markierungen am Boden, Plakate, Hinweisschilder, Aufkleber) hervorgehoben werden.

**zu 5.12 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Entwicklung einer autofreien Altstadt
Vorlage: VII/2019/00276**

Herr Schied brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Raue sagte, dass es aktuell eine zweckmäßige Lösung (autoarme Innenstadt) gibt und sprach sich gegen den Antrag aus.

Herr Paulsen verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung und sagte, dass mögliche ver-

kehrliche Maßnahmen im Planungsausschuss diskutiert werden sollten.

Herr Schied sagte, dass langfristige Maßnahmen entwickelt werden sollen und daher ein Masterplan erarbeitet werden muss. Des Weiteren merkte er an, dass die Innenstadt nicht autoarm ist.

Frau Dr. Burkert sprach sich für den Antrag aus.

Herr Dr. Thomas sprach sich für eine autoarme, aber nicht für eine autofreie Innenstadt aus.

Herr Raue sagte, dass eine Durchsetzung bei Dienstleistern schwer umsetzbar ist.

Herr Paulsen regte an, die Debatte abzubrechen. Die implizierten Maßnahmen sind Maßnahmen, die der Zuständigkeit her nicht in diesen Ausschuss gehören.

Herr Scholtyssek sagte, dass es wichtig ist, vorerst die bestehenden Regelungen in der Innenstadt umzusetzen, beispielsweise die Durchfahrt der Kleinen Ulrichstraße.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrages.

zu 5.12 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Entwicklung einer autofreien Altstadt
Vorlage: VII/2019/00276

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Masterplan mit dem Ziel einer „autofreien Altstadt“ zu erarbeiten. Darin sollen kurz-, mittel- und langfristige Ziele und Maßnahmen aufgeführt werden, die eine schrittweise Umsetzung dieses Hauptziels zur Folge haben. Zukünftig sollen in der Altstadt neben Anwohner*innen nur die Fahrzeuge fahren dürfen, die für die Sicherheit, Gesundheit und Versorgung erforderlich sind. Eine der kurzfristigen Maßnahmen soll die verstärkte Kontrolle der bisher schon bestehenden Einfahrverbote sein, die in nicht zu akzeptierendem Umfang tagtäglich ignoriert werden. Eine der mittelfristigen Maßnahmen soll die Errichtung von Zufahrtskontrollsystemen (z.B. Poller) sein, die nur den zur Einfahrt in die Altstadt berechtigten Verkehrsteilnehmern die Durchfahrt erlauben. Eine der langfristigen Maßnahme soll die Schaffung von Parkraumalternativen für bisher von Anwohnern zum Parken genutzte Straßenräume und Plätze sein.

zu 5.13 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Marktsatzung
Vorlage: VII/2019/00278

Frau Krischok brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Paulsen gab zu Bedenken, dass die Attraktivität der Märkte durch zusätzliche Fahrzeuge sinken würde. Es wurden bewusst einheitliche Regelungen für alle Märkte getroffen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrages.

zu 5.13 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Marktsatzung
Vorlage: VII/2019/00278

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Marktsatzung ist im § 8 in der Weise zu ändern, dass den Händler*innen durch Ermessensausübung der Stadtverwaltung ermöglicht werden kann, gegen eine angemessene Gebühr ihre Fahrzeuge hinter ihrem Stand zu parken.

Frau Krischok gab eine persönliche Erklärung ab und sagt, dass die Stadtverwaltung dafür Sorge zu tragen hat, dass die bestehende Marktsatzung eingehalten wird.

zu 5.14 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements
Vorlage: VII/2019/00283

Frau Krischok brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Raue merkte an, dass die Stadtverwaltung bereits gut aufgestellt ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrages.

zu 5.14 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements
Vorlage: VII/2019/00283

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine zentrale Stelle innerhalb der Stadtverwaltung zu schaffen, die für das gesamte Stadtgebiet bei Anfragen zu Konfliktlösungen im öffent-

lichen Raum eine erste Konfliktanalyse vornimmt und vor Ort mit einem allparteilichen Ansatz präsent ist. Diese zentrale Stelle versteht sich als Fachstelle für nachhaltiges Konfliktmanagement im öffentlichen Raum. Die entsprechenden Kosten werden im Haushaltsplan 2020 ff. eingestellt.

2. Parallel zur Schaffung der Stelle des Allparteilichen Konfliktmanagement wird empfohlen, eine Arbeitsgruppe zu gründen. Die Arbeitsgruppe sollte aus Vertreter*innen des Fachbereiches Bildung (z .B. Streetworker*innen) und dem Fachbereich Gesundheit (z. B. Abt. Sozialpsychiatrie) des Ordnungsamtes und der Polizei sowie dem DLZ Bürgerengagement bestehen.
3. Es wird empfohlen, dass das Allparteiliche Konfliktmanagement einen Leitfaden „Konfliktlösung im öffentlichen Raum“ erarbeitet, der u.a. Handlungsempfehlungen für zu lösende Konflikte enthält und Grundlage der Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe und des Allparteilichen Konfliktmanagements ist.
4. Der Stadtrat regt an, dass die Stadt Halle (Saale) dem Netzwerk Kommunales Konfliktmanagement im öffentlichen Raum beitrifft und am zweiten Treffen des Netzwerkes am 8.November 2019 teilnimmt.

zu 5.15 Antrag der CDU Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung eines Dürreschutzkonzeptes zum Erhalt von Stadtgrün, Baum- und Gehölzbeständen, der Vegetation auf Sport- und Erholungsstätten sowie zur Sicherung ökologisch bedeutsamer Areale im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2019/00320

zu 5.17 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherung des städtischen Grüns
Vorlage: VII/2019/00293

Herr Scholtyssek brachte den Antrag der beiden Fraktionen ein und begründete diesen.

Herr Feigl sagte, dass er den Antrag TOP 5.17 zurückziehen wird, wenn dem gemeinsamen Antrag zugestimmt wird.

Herr Raue befürwortete den gemeinsamen Antrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrages.

zu 5.15 Antrag der CDU Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung eines Dürreschutzkonzeptes zum Erhalt von Stadtgrün, Baum- und Gehölzbeständen, der Vegetation auf Sport- und Erholungsstätten sowie zur Sicherung ökologisch bedeutsamer Areale im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2019/00320

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt nach Änderungen

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **bis Juni 2020** eine Bilanz der Dürreschäden vorzulegen, die verursacht durch die Niederschlagsdefizite der Jahre 2018 und 2019 an der Vegetation des Stadtgebietes festzustellen sind. Verbunden damit sollen die Sonderaufwendungen insbesondere an Wasser und Arbeitskräfteeinsatz bilanziert werden, die in diesem Zeitraum zur Bekämpfung von Dürreschäden erforderlich waren. Bei dieser Aufwandsbilanz sind möglichst auch die Leistungen von Grundstückseigentümern und die Einsätze im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements zu berücksichtigen.
2. Aufbauend auf dieser Schadens- und Aufwandsbilanz und unter Berücksichtigung der Ergebnisse des geplanten runden Tisches „Wasserhaushalt der Stadt“ ist ein Konzept zu erarbeiten, in dem die Schwerpunkte zukünftiger Bewässerungs- und Vegetationserhaltungsmaßnahmen ausgewiesen und begründet werden sowie die dafür erforderlichen Ressourcen darzustellen sind. Gleichzeitig sind Möglichkeiten des Umbaus der innerstädtischen Vegetation zugunsten trockenresistenter Arten zu prüfen und vorzuschlagen.

Herr Feigl zog den Antrag seiner Fraktion zurück.

zu 5.17 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherung des städtischen Grüns**
Vorlage: VII/2019/00293

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis März 2020

1. einen Bericht über die Folgen der Dürrejahre 2018/2019 für die städtischen Grünanlagen und Straßenbäume vorzulegen, der die bisherigen Schäden und deren finanzielle Auswirkungen aufzeigt und
2. in einer Konzeption aufgrund der auch künftig zu erwartenden Hitze- und Trockenperioden notwendige Veränderungen bei der Pflege der städtischen Grünanlagen und Straßenbäume aufzuzeigen, die u.a. die Themen Neu- und Nachpflanzungen, Bewässerung, Mähintervalle thematisiert sowie Vorschläge für den geänderten Einsatz von Personal und finanzieller Mittel im Fachbereich Umwelt enthält.

zu 5.16 **Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des Festgeländes am Gimritzer Damm**
Vorlage: VII/2019/00321

Herr Mämecke brachte seinen Antrag ein und begründete diesen. Er stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung, um in der nächsten Sitzung den Schaustellerverband anzuhören

Herr Raue bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis

GO-Antrag:

einstimmig zugestimmt.

zu 5.16 Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des Festgeländes am Gimritzer Damm
Vorlage: VII/2019/00321

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit das Festgelände am Gimritzer Damm unter Inanspruchnahme der Fläche der ehemaligen Eissporthalle erweitert **und entsiegelt** werden kann.

zu 5.18 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Einsatz von organisierten ehrenamtlichen Ersthelfergruppen (First Responder - Voraushelfer) in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00286

Herr Raue brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Dr. Steinheimer fragte, ob die halleschen Rettungsdienste dazu befragt wurden.

Herr Teschner sagte, dass es dazu eine Erlasslage des Landes vom 16 Juli 2019 gibt. First Responder sind nach der dort enthaltenen Definition engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger, die entsprechende Vorkenntnisse besitzen und bereit sind, in ihrer Freizeit als alarmierter Ersthelfer tätig zu werden. Die Stadt Halle (Saale) hält eine Einrichtung für zweckmäßig und beteiligt sich derzeit bereits an der Diskussion im Land. Eine individuell-städtische Lösung ist jedoch nicht sinnvoll, vielmehr muss eine Abstimmung im Land und darüber hinaus im mitteldeutschen Raum angestrebt werden. Das Ministerium beabsichtigt, den Landesbeirat Rettungsdienst zu beauftragen, das Thema auf Landesebene weiter zu verfolgen. Die Stadtverwaltung werde sich an der Landesdiskussion beteiligen und im Ausschuss regelmäßig berichten. Er sprach sich dafür aus, zunächst die Diskussion auf Landesebene aktiv zu begleiten.

Herr Raue änderte den Beschlussvorschlag dahingehend ab.

Herr Dr. Thomas sprach sich für den Antrag aus.

Herr Schied merkte an, dass die Stadtverwaltung das Thema schon verfolgt und der Antrag damit hinfällig ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des geänderten Antrages.

zu 5.18 **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Einsatz von organisierten ehrenamtlichen Ersthelfergruppen (First Responder - Voraushelfer) in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2019/00286

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mit Patt abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt
nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat von Halle beauftragt die Stadtverwaltung, zu prüfen, ob der Einsatz von organisierten ehrenamtlichen Ersthelfergruppen (Voraushelfer) in der Stadt Halle sinnvoll ist und in welcher Form der Einsatz und die Anbindung an bestehende Hilfsorganisationen und die Rettungsleitstellen umsetzbar ist sowie, **die Verwaltung dieses Vorhaben aktiv gemeinsam mit der Landesregierung zu verfolgen und ab dem 01.06.2020 im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung zu berichten.**

~~wenn die Prüfung positive Ergänzung der Notfallversorgung erwarten lässt, eine Regelung im Sinne des Antrages zu erarbeiten.~~

~~Dabei sollen folgende Aspekte Berücksichtigung finden:~~

- ~~1. Analyse des bestehenden kommunalen Rettungswesens im Hinblick auf die Überschreitung der gesetzlichen Hilfsfristen gemäß §7 Abs. 4 RettDG LSA.~~
- ~~2. Prüfung, ob eine Regelung wie der „Leitfaden für die Tätigkeit örtlicher Einrichtungen organisierter Erster Hilfe (Ersthelfergruppen) in Bayern“ zu einer sinnvollen Ergänzung des Rettungswesens in der Stadt Halle führen kann.~~
- ~~3. Erarbeitung von Regelungen und Verfahren, welche es den Rettungsdienstleitstellen ermöglichen, organisierte Ersthelfergruppen zu alarmieren und den Rahmen für das ehrenamtliche Engagement setzen.~~
- ~~4. Festlegung von Mindeststandards in Organisation, Ausbildungsstand und Ausrüstung von organisierten Ersthelfergruppen.~~
- ~~5. Die Ergebnisse und die Regelungsvorschläge der Stadtverwaltung sollen dem Stadtrat im Dezember 2019 zur Diskussion und Bewertung vorgelegt werden.~~

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 **Anfrage des sachkundigen Einwohners Stefan Schulz (CDU-Fraktion) zu öffentlichen Trinkeransammlungen respektive zur Situation in der Torstraße**
Vorlage: VII/2019/00411

zu 6.2 **Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Sachstand der Durchführung des Pilotprojekts „Hol- und Bringzonen“**
Vorlage: VII/2019/00413

Herr Paulsen sagte, dass die schriftlichen Beantwortungen bis zur nächstens Sitzung nachgereicht werden.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Frau Krischok fragte, weshalb keine Ersatzpflanzungen bei einigen Fällungen erfolgen.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass laut Baumschutzsatzung für tote Bäume keine Ersatzpflanzungen erfolgen müssen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 **Anfrage Frau Dr. Burkert zu Notfallplänen für Behörden, öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Horte usw.**

Frau Dr. Burkert stellte folgende, vorab schriftlich eingereichte Anfrage zu Notfallplänen für Behörden, öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Horte usw.:

Der Anschlag am 09.10.2019 hat gezeigt, dass es im Notfall lebenswichtig sein kann, dass Mitarbeitende in Behörden oder anderen öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Horte usw. richtig reagieren. Anscheinend gibt es diesbezüglich in Halle Nachholbedarf. Das zeigen nicht zuletzt drei E-Mails der Stadtverwaltung: In der ersten teilte die Verwaltungsspitze um 16.18 Uhr mit, dass „aufgrund der aktuellen Gefahrenlage jedem Mitarbeiter bis auf weiteres untersagt ist, das Dienstgebäude zu verlassen.“ Um 16:34 Uhr sollte die „die vorherige Mail (s. u.) als gegenstandslos“ betrachtet werden. Vielmehr erfolge das „Verlassen des Gebäudes auf eigene Verantwortung“. Um 17:17 Uhr wurde die Mail von 16:34 Uhr insbesondere mit Blick auf „die Aussage, dass die Gebäude auf eigene Gefahr verlassen werden können“, widerrufen. Auch bezüglich der Abholung von Kindern aus Horten und Kitas gab es unterschiedliche Informationen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Gibt es (mit der Polizei und Rettungskräften abgestimmte) Notfallpläne für die städtischen Behörden, Schulen, Kitas, Horte und ähnliche Einrichtungen?
2. Wenn nein: Warum nicht und inwiefern gedenkt die Verwaltung, zeitnah solche Pläne zu entwickeln und entsprechende Praxisübungen durchzuführen – ausgehend von den Ereignissen am 09.10.2019?
3. Wenn ja:
 - a. Sind diese Pläne auf dem aktuellen Stand?
 - b. Wann sind die nächsten Praxisübungen vorgesehen?
 - c. In welcher Reihenfolge erfolgt die Alarmierung („Alarmierungskette“) bei Behörden und öffentlichen Einrichtungen?
 - d. Welche Medien/Technologien werden zur Alarmierung genutzt?
 - e. Existiert ein aktuelles Alarmierungsverzeichnis, mit dessen Hilfe quasi „per Knopfdruck“ alle Einrichtungen informiert werden?
4. Mit Blick auf die oben genannten E-Mailnachrichten: Wie kann es sein, dass die Stadt innerhalb kürzester Zeit so unterschiedliche und widersprüchliche Informationen herausgibt? Wo besteht das verwaltungsinterne Kommunikationsdefizit und wie wird es behoben?

Herr Teschner antwortete, dass die Alarmierungsordnung der Stadt um das Verhalten bei Terror ergänzt wird. Zudem wird sich die Stadt mit allen großen öffentlichen Einrichtungen auf ein grundsätzliches Handeln verständigen.

Frau Dr. Burkert fragte, wann mit einem schriftlichen Plan zu rechnen ist.

Herr Teschner antwortete, dass der Plan unverzüglich erstellt werden wird.

zu 8.2 Herr Feigl zur Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes in der Stadt Halle (Saale)

Herr Feigl fragte, warum die Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes in der Stadt Halle (Saale) nicht auf der Homepage der Stadt Halle einsehbar ist. Des Weiteren fragt er, welche Maßnahmen 2019 beantragt, genehmigt und abgelehnt wurden.

Herr Paulsen sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Herr Raue zu TOP 8.1

Herr Raue fragte, ob die digitalen Anzeigetafeln an den Haltestellen für Gefahrenlagen genutzt werden können.

Herr Paulsen sicherte eine Prüfung zu.

zu 8.4 Frau Dr. Burkert zum FB Sicherheit

Frau Dr. Burkert stellte mehrere Fragen zum Personal im Fachbereich Sicherheit/Team Vollzug.

Herr Paulsen antwortete, dass die Zuständigkeit der Fragen im Finanzausschuss liegt.

zu 8.5 Herr Scholtyssek zu Parkverstöße

Herr Scholtyssek sagte, dass die Händlerinnen und Händler des Marktplatzes ihre Fahrzeuge an der Stadtschleuse abstellen sollen. Auf dem ausgewiesenen Parkplatz stehen immer wieder unzulässig Fahrzeuge. Er fragte, wann das Problem behoben wird.

Herr Teschner antwortete, dass eine Beschilderung erfolgt. Weiterhin erfolgen regelmäßigen Kontrollen.

zu 8.6 Frau Krischok zum Weihnachtsmarkt

Frau Krischok fragte, ob aufgrund des Terroranschlags die Sicherheitsüberwachung für den diesjährigen Weihnachtsmarkt nachjustiert wird.

Herr Paulsen antwortete, dass Sicherheitskonzept fortlaufend an die aktuellen Gegebenheiten angepasst wird.

zu 8.7 Frau Krischok zum Ordnungsdienst

Frau Krischok fragte nach der Beantwortung der Anfragen zum städtischen Ordnungsdienst aus der Septembersitzung.

Herr Paulsen sicherte eine Beantwortung zu.

zu 8.8 Frau Krischok zum Fußballturnier Am Grünen Feld

Frau Krischok fragte, warum keine Toiletten aufgestellt wurden. Weiterhin fragte sie, wann die Sitzgelegenheiten in diesem Bereich aufgestellt werden.

Herr Paulsen sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.9 Frau Krischok zu Verkehrshelfer

Frau Krischok fragte, wie viele Meldungen zu Verkehrshelfern bereits eingegangen sind.

Herr Teschner antwortete, dass bisher keine Meldungen eingegangen sind.

Frau Krischok bat bis zur nächsten Sitzung um eine Information zur Lösungsfindung für die Grundschule Frohe Zukunft.

Herr Teschner informierte, dass ein Fußgängerüberweg eingerichtet wurde.

zu 8.10 Frau Krischok zum ITW

Frau Krischok bat um nähere Informationen zur Vergabevorlage ITW.

Herr Teschner teilte mit, dass es sich dabei um eine Ersatzbeschaffung handelt.

zu 8.11 Herr Schied zum Schülerverkehr

Herr Schied bezog sich auf den Busverkehr der Albrecht Dürer Schule. Aktuell fahren die Busse vor der Baustelle der Schule ab. Er fragte, was der Grund war, dass die Verwaltung die ursprünglichen Absichten (Abholung vor dem Jugendamt Halle) geändert hat und worin die Verwaltung eine Verbesserung sieht.

Herr Teschner antwortete, dass es ein umfangreiches Abstimmungsverfahren gab, wie die Schülerinnen und Schüler mit den Bussen abgeholt werden. Dass die Schülerinnen und Schüler sicher ein- und aussteigen können ist mit der Baustelle abgestimmt. Andere Varianten waren zu gefährlich.

Herr Schied merkte an, dass bei der jetzigen Fahrvariante der Bus am Jugendamt vorbei fährt. Des Weiteren wies er auf die Aufsichtspflicht hin.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Breitengraser zu Abstimmungsergebnissen

Herr Breitengraser regte an, die Abstimmungsergebnisse den übrigen Ausschussmitgliedern laut mitzuteilen.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Raue stellte die fehlende Beschlussfähigkeit fest und beendete die Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Maik Stehle
Stellv. Protokollführer